

Genmais illegal angebaut

Verunreinigtes Saatgut in sieben Bundesländern

Hannover – In sieben Bundesländern ist trotz Anbauverbots mit „Genmais“ verunreinigter Mais ausgesät worden. Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium bestätigte am Sonntag entsprechende Recherchen der Umweltschutzorganisation Greenpeace. „Es handelt sich hier um den bisher größten Gentechnik-Saatgut-Skandal in Deutschland“, sagte Greenpeace-Landwirtschaftsexperte Alexander Hissting. Betroffen sind laut niedersächsischem Umweltministerium Händler in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Greenpeace hatte zunächst nur von fünf Bundesländern berichtet.

Das Umweltministerium gab an, die Daten am Freitag an die anderen Länder weitergegeben zu haben. Die jeweiligen Behörden müssen nun ihrerseits die örtlichen Händler und deren Abnehmer, also die Landwirte, informieren. Das Saatgut stammt von einer Firma aus Buxtehude. Das Landwirtschaftsministerium habe bereits Anfang März von der Verunreinigung erfahren, kritisierte Greenpeace. Die Ergebnisse seien aber erst Ende April an das Umweltministerium weitergegeben worden, das für die Information der Landwirte zuständig ist.

Das kontaminierte Saatgut wurde nach Greenpeace-Recherchen auf einer Fläche von 300 Hektar ausgesät. Der Genmais-Anteil betrage bis zu 0,1 Prozent. Dies bedeute, dass auf einem Hektar etwa 100 gentechnisch veränderte Pflanzen wachsen. Der bereits gepflanzte Mais muss nun vernichtet werden. Selbst wenn er weiter angebaut und geerntet worden wäre, wäre dies laut Hahn unbedenklich gewesen: „Eine Gefährdung der Verbraucher steht nicht zur Diskussion.“ In den USA etwa werde die Genmais-Sorte angebaut und es gebe keine Studien, die Gesundheitsgefahren belegten. Das sieht Hissting anders: Tierversuche hätten eine signifikante Veränderung der Blutwerte von Leber und Niere gezeigt. Als „Genmais“ wird Mais bezeichnet, dessen Erbgut im Labor verändert wurde. Dabei werden etwa bestimmte Gene aus anderen Organismen eingeschleust, die zum Beispiel die Abwehr von Schädlingen erleichtern sollen. *dpa*



Ein Kolben des umstrittenen genmanipulierten Mais. Foto: AP

Islamkonferenz soll Studie auswerten

München – Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will die Ergebnisse der jüngsten Studie zur Gewaltbereitschaft unter muslimischen Jugendlichen zum Thema in der Deutschen Islamkonferenz machen. Die Resultate der Untersuchung werden „die notwendige Grundlage für die weitere wissenschaftliche Diskussion dieser Forschungsergebnisse – auch in der Islamkonferenz – bilden“, sagte de Maizière am Sonntag der *Süddeutschen Zeitung*. In der Islamkonferenz treffen sich Vertreter aus Bund, Ländern und Gemeinden mit den Spitzen muslimischer Religionsverbände sowie unabhängigen muslimischen und weltlich orientierten Persönlichkeiten. Der Minister sprach von „beachtenswerten, weiterführenden Befunden“. Das Bundesinnenministerium hatte die Untersuchung finanziert.

Die Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen hatte ergeben, dass junge, männliche Muslime umso weniger integriert und umso gewalttätiger sind, je gläubiger sie sind. Der federführende Autor der Studie, Institutsdirektor Christian Pfeiffer, macht hierfür vor allem eine unter diesen Jugendlichen verbreitete Machokultur verantwortlich. Diese werde durch eine reaktionäre Auslegung ihrer Religion, vor allem durch Imame aus dem Ausland, gefördert. „Das ist kein Problem des Islam, sondern der Vermittlung des Islam“, betonte Pfeiffer. Imame sollten in Deutschland deshalb nur arbeiten dürfen, wenn sie die deutsche Sprache beherrschen, Kenntnisse der deutschen Kultur haben und die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau akzeptieren. Andernfalls müsse ihnen die Einreise verweigert werden. Auch Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan sieht in den Imamen das Problem.

Der Sprecher des Koordinationsrates der Muslime, Ali Kizilkaya sagte hingegen, die Studien-Ergebnisse stimmten nicht mit seinen persönlichen Erfahrungen überein. „Im Gegenteil: Je frommer die Jugendlichen sind, desto friedlicher schätze ich sie ein.“ Es sei auffällig, dass derartige Thesen „rechtzeitig zu einer Islamkonferenz kommen, die wenig zur Integration beiträgt“, sagte er. Der Koordinationsrat ist der Zusammenschluss der vier größten muslimischen Dachverbände in Deutschland. Zwei von ihnen waren kürzlich aus der Islamkonferenz ausgetreten. *Roland Preuß*



Ewiger Protest

Der Widerstand ist in Gorleben so alt wie die Pläne für das Endlager selbst. Vor 30 Jahren räumten Polizisten das Hüttendorf „Republik Freies Wendland“, das Umweltaktivisten aus Protest gegen das geplante Atommüll-Endlager gegründet hatten. Einige Veteranen des Anti-Atom-Protests haben inzwischen graue Haare bekommen. Doch Widerstand gegen das mögliche Endlager gibt es immer noch. Und es sind junge Menschen dazugekommen. Am Samstag kündigten Demonstranten bei einer Kundgebung einen „heißen Herbst“ an. Dann wird der nächste Castortransport erwartet. *Foto: dpa*

Seehofer beharrt auf Wehrpflicht

Der CSU-Vorsitzende blockiert Pläne von Verteidigungsminister zu Guttenberg

Von Mike Szymanski

München – Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer hat Überlegungen von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (ebenfalls CSU) zur Aussetzung der Wehrpflicht eine Absage erteilt. Dem Nachrichtenmagazin *Spiegel* sagte Seehofer: „Wir können nicht alle paar Monate unsere politischen Entscheidungen verändern. Das gilt für die Wehrpflicht genauso wie für die anderen Bereiche.“ Die CSU werde an der sechsmonatigen Wehrpflicht festhalten. Seehofer erklärte: „Wir sagen ja zur Wehrpflicht, und wir werden mit unserem Minister sehr eingehend über diese Fragen sprechen.“

Das Machtwort aus München kommt nicht überraschend. Vor allen in der eigenen Partei hat Guttenberg mit seinen Sparvorschlägen bei der Bundeswehr für Irritationen gesorgt. Im Zuge der Haushaltseinsparungen lässt Guttenberg of-

fenbar das Aussetzen der Wehrpflicht sowie die Kürzung der Truppenstärke von 250 000 auf 150 000 Soldaten prüfen. Kleine Kasernen will der Verteidigungsminister schließen. Guttenberg verteidigte am Sonntag seine Pläne: Der Verteidigungsetat sei seit geraumer Zeit erheblich unterfinanziert. „Wenn jetzt noch notwendige Einsparungen hinzukommen, kommen wir an einschneidenden Maßnahmen nicht vorbei“, sagte der CSU-Politiker. „Und alle die, die jetzt „nein“ und „so nicht“ rufen, müssen sich fragen lassen, wie denn ihre Alternativen aussehen. Ein stumpfes „weiter so“ ist sicherlich keine.“

Die CSU lehnt es ab, die Wehrpflicht aus Kostengründen auszusetzen. „Im Ergebnis wäre das eine Abschaffung der Wehrpflicht. Ich sehe aber nicht, dass eine Berufsarmee die bessere Lösung ist“, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Thomas

Silberhorn. Sicherheitspolitik nach Kasernen zu betreiben sei ein Fehler.

Auf breite Ablehnung stoßen Guttenbergs Pläne auch bei bayerischen CSU-Landespolitikern. Innenminister Joachim Herrmann sagte: „Die Spardiskussion darf kein Anlass sein, die Wehr-

Die Liberalen fordern die Abschaffung des Wehrdienstes.

plicht infrage zu stellen.“ Ähnlich äußerte sich auch der CSU-Fraktionschef im bayerischen Landtag, Georg Schmid: „Eine kleine Berufsarmee, die zurückgezogen in wenigen Kasernen ihren Dienst macht, ist nicht unsere Vorstellung einer breit verwurzelten Bundeswehr.“

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier forderte die Regierung in der

Welt am Sonntag auf, die Opposition in die Entscheidungen über die Verteidigungspolitik einzubeziehen.

Unterstützung erhält Guttenberg von der FDP. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger kündigte an, sie werde den CSU-Politiker in der Spärklausur des Bundeskabinetts „unterstützen, die Wehrpflicht auszusetzen“. Wer einerseits Einsparungen fordere und sich andererseits den notwendigen Struktur-reformen verweigere, erweise der Bundeswehr „einen Bärendienst“, erklärte auch die sicherheitspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Elke Hoff. Die Liberalen wollen die Wehrpflicht abschaffen und die Armee reduzieren. Erst Mitte Mai hatte die Regierung die umstrittene Reform der Wehrpflicht auf den Weg gebracht. Nach zähem Ringen verständigten sich Union und FDP darauf, von Juli an den Wehr- und Zivildienst von neun auf sechs Monate zu reduzieren.

Gemeinsam gegen den Niedergang

Engagierte Bürger kämpfen für die Wiederbelebung fast verlassener Dörfer – mit oft erstaunlichem Erfolg

Von Klaus Brill

Bleiwäsche – Neun Dörfer, 1500 Einwohner, zusammen bilden sie eine Gemeinde: Galenbeck im Landkreis Mecklenburg-Strelitz, nordöstlich von Neubrandenburg gelegen. Es gibt in dieser Kommune keine Schule, keinen Sportplatz und kein Geschäft. „Da ist überhaupt keine Infrastruktur“, wie die Soziologie-Professorin Claudia Neu sagt. Im vorigen Jahr wurde ein einziges Kind geboren. „Sie finden all das, was uns als Schreckgespenst vor Augen steht“, meint die Wissenschaftlerin. Mit einer Studentengruppe hat sie vor einigen Jahren für die Universität Rostock in Galenbeck die Daseinsvorsorge und die Mitwirkung der Bürger an ihrem Gemeinwesen erforscht, und sie versteht das traurige Ergebnis als „einen Ausblick auf eine Gesellschaft, die sehr stark altert, aber keine Kinder mehr hat und damit auch ein Stück Vitalität verliert“.

Galenbeck ist nicht die einzige Gemeinde in Deutschland, die in solcher Weise mit dem Niedergang kämpft. Aber Galenbeck ist auch nicht überall. Das jedenfalls war der Befund beim diesjährigen Dorfsymposium in Bleiwäsche bei Paderborn, zu dem sich Wissenschaftler und Planer alle zwei Jahre mit Kommu-

projektbezogene, geographisch passgenaue Angelegenheiten“, sagt die Professorin Claudia Neu, die heute an der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach lehrt.

Die Bereitschaft zum Engagement haben die Bürger durchaus in ganz Deutschland, wie jüngste Umfragen ergaben. Vor allem bei Jugendlichen, Alten, Frauen

und Migrantinnen schufen sich die Bürger, vom Bürgermeister angeführt und befeuert, in einer alten Scheune ein Mehrgenerationen-Haus als Begegnungsstätte. Darin befinden sich ein Tagescafé, ein Bürgerbüro, ein Veranstaltungsraum und diverse andere Räume, die in- zwischen von Menschen aller Generationen genutzt werden. Senioren und Schulkinder bekommen täglich für vier Euro ein Mittagessen. Es gibt auch Zugang zum Internet, die Wärme liefert ein kleines Blockheizkraftwerk.

In diesem wie in anderen Fällen waren die direkte Einbeziehung der Bürger und die Organisation des Projekts als fortschreitender Prozess von ausschlaggebender Bedeutung. Wichtig war auch, dass Langenfeld mit seinen 1038 Einwohnern noch eine eigenständige Kommune mit eigener Finanzhoheit ist. Ginge sie in einer größeren Einheit auf, wie das tausenden Dörfern bei den Gebietsreformen in anderen Bundesländern aufgezwin-

gen wurde, „dann sind solche Gemeinden wie unsere tot“, sagt Wolfgang Rückert, der stellvertretende Bürgermeister von Langendorf.

Größtmögliche kommunale Freiheit war auch die Voraussetzung für das fast schon legendäre Modell der Bürgerbeteiligung in der oberbayerischen Gemeinde Weyarn, 3500 Einwohner groß, etwa 30 Kilometer südlich von München gelegen. Seit 17 Jahren wird dort „der Weg zur Bürgergesellschaft“ geprobt, wie Bürgermeister Michael Pelzer sagt. Bürger wirken in Weyarn in Bürgerwerkstätten mit, schieben Projekte an, unterstützen und kontrollieren die gewählten Kommunalpolitiker, begleitet von Forschern und Planern. Professionalisierung, totale Transparenz und gute Koordination sind dabei unerlässlich. Am Anfang stand eine einhalbjährige Bestandsaufnahme, dessen, was Weyarn ist und will. Und Weyarn wollte nicht in den suburbanen Sog von München geraten, sondern wollte den Erhalt der ländlichen Identität und Lebensqualität. So wurden unter anderem ein großer Autohof verhindert, ein Dorfplatz gegründet, die Dorfstraße umgestaltet, eine Dorfchronik herausgegeben, ein Kindergemeinderat gegründet und eine Bibliothek geplant. In Weyarn ist das dort entwickelte Modell der Bürgerbeteiligung in der Hauptsatzung der Kommune festgehalten, es hat also kommunalen Verfassungsrang. Das Modell ist kopierbar, wie Bürgermeister Pelzer meint. „Es geht nicht nur in Bayern“.

ANZEIGE



Lieber versichert als verwaltet.

Viele Menschen wünschen sich für ihre Gesundheit mehr Leistung und weniger Bürokratie. In der privaten Krankenversicherung bestimmen die Kunden selbst über ihren Versicherungsschutz – und nicht die Politik. Ihr Vertrag sichert freie Arztwahl und einen unkündbaren Leistungskatalog – medizinischer Fortschritt inklusive. Kein Wunder, dass sich viel mehr Bürger privat versichern wollen, als der Gesetzgeber bisher zulässt.

www.gesunde-versicherung.de

PKV – Die gesunde Versicherung.

Im vergangenen Jahr wurde in Galenbeck ein einziges Kind geboren.

nalpolitikern, Ministerialbeamten und anderen Experten der Praxis treffen. Diesmal stand im Fokus das freiwillige Engagement der Bürger, das bei Politikern jeder Couleur seit einiger Zeit umso höher im Kurs steht, je drastischer in Berlin und in den Landeshauptstädten die Finanzmittel der Gemeinden zusammengekürzt werden. Allenthalben ist das hohe Lied vom Ehrenamt zu hören, in manchen Bundesländern sucht man es mit Rabattkarten und dem Einsatz von Ehrenamts-Lotsen zu fördern.

Unter bürgerschaftlicher Partizipation verstehen Wissenschaftler nicht mehr nur die Mitwirkung im klassischen Dorfverein wie der Feuerwehr und dem Sportclub. Im Dorf ist auch die politische Betätigung als Ortsvorsteher und Gemeinderatsmitglied ein Ehrenamt. Längst sind auch Bürgerinitiativen, die gegen die politischen Mehrheiten entstehen, zum wichtigen Faktor der Gesellschaft geworden. Und in jüngster Zeit sind vielerorts auch Fördervereine entstanden, die sich gleich die Gesamtentwicklung eines Dorfes zur Aufgabe machen. Dabei dominiert nicht mehr die lebenslange Bindung. „Es geht eher um

Inland

Demo gegen Neonazis

Hildesheim – Mehrere Tausend Hildesheimer Bürger haben am Samstag friedlich gegen einen Aufmarsch von Rechts-Extremisten protestiert. Die Polizei sprach von 2500 Teilnehmern, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) von bis zu 3500. Die Aktion sei ein deutliches Zeichen dafür gewesen, dass die Neonazis in der Stadt nicht willkommen seien, sagte die Hildesheimer Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Regina Stolte. Der DGB hatte zusammen mit zahlreichen anderen Organisationen und Verbänden zu der Aktion unter dem Motto „bunt statt braun“ aufgerufen. Mehr als 600 Neonazis waren aus Nord- und Westdeutschland sowie aus den neuen Bundesländern vorwiegend mit Bussen und der Bahn zu der angemeldeten Demonstration nach Hildesheim gekommen. Dort marschierten sie am Nachmittag durch die Nordstadt. Dabei durften sie eine von der Stadt vorgegebene eng begrenzte Route nicht verlassen. Sie wurden von Polizeikräften begleitet. Die Strecke war abgesperrt. Um Ausschreitungen zu unterbinden und die Gruppen voneinander fern zu halten, hatte die Polizei insgesamt 2000 Beamte im Einsatz. *dpa*

Neuer SPD-Chef in Bremen

Bremerhaven – Der Jurist Andreas Bovenschulte ist mit großer Mehrheit zum neuen Parteivorsitzenden der Bremer SPD gewählt worden. 198 der 225 Delegierten stimmten am Samstag auf dem Landesparteitag in Bremerhaven für ihn. Es gab 21 Gegenstimmen und sechs Enthaltungen. Der 44-Jährige löst Uwe Beckmeyer ab, der nach vier Jahren den Landesvorsitz abgab. Bovenschulte wird die SPD nun in die Landtagswahl 2011 führen. Er hatte sich bei einer Mitgliederbefragung gegen die frühere Europaabgeordnete Karin Jöns durchgesetzt. Mit Blick auf die Landtagswahl 2011 sagte er: „Wir wollen auf allen Ebenen die mit Abstand stärkste Partei werden.“ Bei der Landtagswahl 2007 erzielte die Bremer SPD mit 36,7 Prozent eines der schlechtesten Ergebnisse der Nachkriegszeit. Derzeit führt die SPD dort die einzige rot-grüne Landesregierung an. *dpa*

Mehr Geld für Beamte

Berlin – Die Bundesregierung plant nach einer Zusammenstellung des Bundes der Steuerzahler trotz der Finanzkrise für Beamte Einkommenssteigerungen in Höhe von fast fünf Prozent. Der Bundestag werde am Donnerstag über einen Gesetzesentwurf zur Erhöhung der Bezüge für Beamte und Pensionäre um 2,1 Prozent bis Mitte 2011 beraten, sagte der Geschäftsführer der Steuerzahler-Bundes, Reiner Holznagel, der *Bild am Sonntag*. Zudem verdoppelt sich die Sonderzahlungen für die Bundesbeamten. Insgesamt mache dies für die mehr als 300 000 Bundesbeamten, Richter und Zeitsoldaten in anderthalb Jahren eine „unverantwortliche Gehaltssteigerung“ von 4,6 Prozent aus. Den Steuerzahler werde dies bis Ende 2012 etwa eine Milliarde Euro kosten. *AFP*

Sexual-Zeugnis für Lehrer

Heppenheim – Der neu gewählte Vorstandsvorsitzende der Odenwaldschule in Hessen, Michael Frenzel, will Lehrer, die eng mit Schülern zusammenarbeiten künftig strenger kontrollieren. Zwar wolle er an der Odenwaldschule das Prinzip der sogenannten Familien beibehalten, in denen die Schüler organisiert sind. Er plädiere aber dafür, dass die Familienoberhäupter „verheiratet oder zumindest liiert“ sein müssten und mit ihrem Partner gemeinsam dort leben, sagte Frenzel dem *Focus*. Dies garantiere „eine zusätzliche Kontrolle“. Zudem sollten bei homosexuellen Mitarbeitern gegebenenfalls Gutachten erstellt werden, ob ein Hang zur Pädophilie bestünde. „Destruktive Strukturen“ hätten den sexuellen Missbrauch von mehr als 50 Schülern durch ihre Lehrer „erst ermöglicht.“ *dpa*

Grüne Spitzenkandidaten

Mainz – Mit ihren Vorstandssprechern Eveline Lemke und Daniel Köbler an der Spitze ziehen die rheinland-pfälzischen Grünen in den Landtagswahlkampf. Lemke wurde auf einem Parteitag am Wochenende mit 82,5 Prozent der Stimmen zum Spitzenkandidaten gewählt, Köbler erhielt 66,3 Prozent. Die Grünen streben bei der Wahl im März nächsten Jahres den Wiedereinzug in den Mainzer Landtag an. Vor fünf Jahren waren sie mit 4,6 Prozent der Wählerstimmen an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Die beiden Spitzenkandidaten warfen der alleinregierenden SPD unter Ministerpräsident Kurt Beck Selbstgefälligkeit und Gigantismus vor. Als Beispiele nannten sie die Affäre um den zum Freizeitpark ausgebauten Nürburgring und die geplante Brücke im Mittelrheintal. *apn*

Umbau in der CDU-Führung

Berlin – Nach der geplanten Wahl von Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff zum Bundespräsidenten sollte aus Sicht seines baden-württembergischen Amtskollegen Stefan Mappus (bei- de CDU) die Parteispitze erneuert werden. „Die Situation bietet die gute Möglichkeit, ungezwungen eine Erneuerung und Verstärkung der CDU einzuleiten“, sagte Mappus der *Bild am Sonntag*. Er plädierte dafür, Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) in eines der freiwerdenden Ämter als Stellvertreter der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel zu wählen. Durch den Rückzug von Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) aus der Politik und Wulffs anvisierten Wechsel in das Schloss Bellevue werden zwei Vizeposten in der CDU-Spitze frei. *dpa*